

Sinkender Reallohn und steigende Repression

Sri Lanka nach dem Aufstand im letzten Jahr

Die sri-lankische Protestbewegung von 2022 richtete sich gegen die Auswirkungen der schweren Wirtschaftskrise, drückte aber auch eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem politischen Establishment aus. Nach der staatlichen Unterdrückung der Bewegung mit massiver Gewalt stellt sich die Frage, ob und wie der Widerstand weitergeht.

von **Jürgen Weber**

► Im Frühjahr 2023 legte die sri-lankische Regierung eine Neuformulierung für das drakonische Gesetz zur Verhinderung von Terrorismus (Anti-Terrorism Act) vor. Die Gesetzesvorlage liest sich wie eine Antwort auf die neuere sri-lankische Demokratiebewegung. Die Bestimmungen würden der Regierung eine Handhabung geben, zivilgesellschaftlichen Protest und Widerstand sofort und brutal zu brechen. Anhaltender öffentlicher Widerstand sowie internationale Kritik an dem Gesetzesvorhaben haben nun dazu geführt, dass es zunächst vom Justizministerium zurückgezogen wurde.

Sorge bereitet Menschenrechtsaktivist*innen seit Jahren der systematische Missbrauch von Gesetzen, die eigentlich Menschenrechte fördern und schützen sollen, aber mit denen politische Aktivist*innen, Schriftsteller*innen, Künstler*innen und Anwalt*innen zum Schweigen gebracht werden. Auch der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen äußerte sich in seiner Überprüfung Sri Lankas im Jahr 2023 tief besorgt über die anhaltende Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und der Protestbewegung des letzten Jahres.

Die Protestbewegung hatte mit dem sogenannten Volksaufstand (*Janatha Aragalaya*) am 9. Juli 2022 ihren Höhepunkt. Sie nahm im März 2022 ihren Ausgang, als von einer Gruppe junger Menschen in der Nähe von Colombo Plakate hochgehalten wurden. Darauf stand etwa zu lesen, dass die Menschen keinen Strom und kein Licht haben und deshalb ihrer Arbeit nicht nachgehen können.

Die Protestbewegung ist zwar seit November letzten Jahres abgekühlt, da die neue Regierung einige Reformen einleitete, um die Mittelschicht des Landes zu entlasten. Außerdem handelte die Regierung ein ‚Rettungspaket‘ mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) aus. Als der wirtschaftliche Druck auf die Mittelschicht nachließ, zog diese ihre Unterstützung für die Protestbewegung zurück. Doch der Unmut in der Bevölkerung ist weiterhin vorhanden.

Was bisher geschah

► Massenproteste sind in der singhalesisch-buddhistischen Mehrheitsgesellschaft Sri Lankas nicht verbreitet. Aber im Frühjahr 2022 schlossen sich ausgehend von Colombo immer mehr Menschen aus der Mittelschicht ersten, zumeist friedlichen Protestaktionen an. Grund für die Proteste war, dass das hochverschuldete Land über keine ausländischen Währungsreserven mehr verfügte und nur noch durch immer neue Hilfskredite von Woche zu Woche überleben konnte. Es herrschte ein akuter Mangel an lebenswichtigen

Gütern, Medikamenten sowie Lebensmitteln und die Stromversorgung fiel täglich über Stunden aus. Für die ärmsten Bevölkerungsgruppen wurden Grundnahrungsmittel durch eine Hyperinflation unerschwinglich.

Die Regierung reagierte auf die Proteste mit der Ausrufung des Ausnahmezustands, erlaubte dem Militär, Versammlungen zu zerschlagen und Zivilist*innen zu verhaften, verhängte Ausgangssperren und beschränkte den Zugang zu den Sozialen Medien. Präsident Gotabaya Rajapaksa warf den Demonstrierenden vor, sie wollten einen »Arabischen Frühling« nach Sri Lanka bringen, um das Land zu destabilisieren. Trotz Ausgangssperren und Festnahmen gingen die Menschen in Colombo weiter auf die Straße. Die sri-lankische Diaspora begann ebenfalls mit Demonstrationen gegen die Unterdrückung von Menschenrechten im Land.

Das Camp *Gota Go Gama* auf dem besetzten Freizeitareal Galle Face Green in Colombo wurde zu einem Symbol des Widerstands gegen den Autoritarismus der herrschenden Rajapaksa-Familiendynastie und existierte fast vier Monate. Neben den Zelten der »Mütter der Verschwundenen« und der Plantagenarbeiter*innen, reaktivierte sich die Arbeiter*innenbewegung Sri Lankas, die seit dem niedergeschlagenen Generalstreik von 1980 in einer Schockstarre verharret war. Und die LGBTIQ-Bewegung veranstaltete ihre erste Pride-Parade Sri Lankas.

Die Probleme bleiben ...

► Nach wochenlangen Protesten floh Gotabaya Rajapaksa schließlich ins Ausland und erklärte am 13. Juli 2022 seinen Rücktritt. An seine Stelle trat Premierminister Ranil Wickremesinghe. Diese Wahl war ein Schritt, der die stellvertretende Kontrolle der Rajapaksas über das Land festigte. Neun Tage später zerstörten bewaffnete Einheiten das *Gota Go Gama*. Wickremesinghe verlängerte den Ausnahmezustand bis Mitte August und ließ Aktivist*innen verhaften.

Die Militarisierung des Staates setzt sich fort: Im Haushaltsvorschlag der Regierung für 2023 wurde neben der »schnellen wirtschaftlichen Modernisierung« die Aufstockung des Verteidigungshaushalts als Priorität angesehen. Lediglich 0,6 Prozent des BIP wurden für die soziale Sicherheit bereitgestellt. Diese Gewichtung ist eine politische Entscheidung und nicht die Folge eines mangelnden finanziellen Spielraums der Regierung.

Das Militär agiert im Norden und Osten Sri Lankas äußerst konfrontativ. Es setzt seine Überwachung, Einschüchterung und Schikaniierung zivilgesellschaftlicher Organisationen, der Medien, ehemaliger Kämpfer*innen, der Familien von Verschwundenen und tamilischer politischer und zivilgesellschaftlicher Gruppen fort. Im Rahmen der Singhalesisierung werden Hindu-Tempel zerstört und an ihrer Stelle buddhistische Tempel gebaut. Im singhalesisch dominierten Süden geht das Militär nun ähnlich gegen die tamilische Minderheit vor.

In den vergangenen Wochen kam es erneut in fast allen Bezirken Sri Lankas zu Protesten, weil die Regierung unter Wickremesinghe Tausende von Menschen von ihrem neuen Wohlfahrtsprogramm ausgeschlossen hat. Der IWF hatte die Regierung – im Rahmen des



Vielseitiger Widerstand auf den Straßen von Colombo zu Beginn der Protestbewegung im April 2022 | Foto: Nazly Ahmed CC BY-NC-SA 2.0

drei Milliarden Dollar schweren Rettungskredits – im März 2023 aufgefordert, die Sozialausgaben zu kürzen. Das Wohlfahrtsprogramm, so erklärte der IWF, solle nur »gefährdete Gruppen« unterstützen. Verbunden war dessen Einführung ohnehin mit einer Schmutzkampagne, welche Empfänger*innen von Sozialleistungen als unehrlich, faul und hinterhältig verunglimpfte. Da Frauen die Mehrheit der Armutbevölkerung ausmachen, richtete sich die Kampagne in erster Linie gegen sie.

25 Prozent der Bevölkerung Sri Lankas gelten als verarmt. Im Januar 2023 berichtete die BBC, dass schätzungsweise acht Millionen Menschen in Sri Lanka von Ernährungsunsicherheit betroffen sind: »Das auf Sparmaßnahmen ausgerichtete Konjunkturprogramm hat auch die Kosten für die Grundbedürfnisse des Überlebens erhöht und die Verschuldung der Haushalte verschlimmert«, analysiert das Netzwerk Feminist Collective for Economic Justice (FCEJ). Laut der Juni-Erhebung des Ministeriums für Volkszählung und Statistik verdienen die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung nur etwa 27.000 Rupien im Monat, also etwa 76 Euro. Dies reicht nicht aus, um eine vierköpfige Familie zu versorgen. Die ärmsten 20 Prozent verdienen gerade einmal 17.500 Rupien im Monat.

Die Lage von Frauen ist besonders prekär: Die von ihnen geleistete unbezahlte Sorge-Arbeit, die durch die Covid-19-Pandemie und die ökonomische Krise noch zugenommen hat, bleibt in Sri Lanka weithin unsichtbar. Es gibt keine staatlichen Programme, die diese Arbeit anerkennen oder unterstützen. Sexuelle und reproduktive Gesundheit, häusliche Gewalt und Armut erhöhen den Druck auf Frauen. Die meisten Arbeitnehmer*innen müssen in der Wirtschaftskrise einen massiven Rückgang ihres Arbeitseinkommens hinnehmen. So sank der Nettolohn der Arbeiter*innen in der Bekleidungsindustrie, der vor der Krise zwischen 40.000 und 60.000 Rupien lag, drastisch auf etwa 25.000 – 30.000 Rupien im Monat.

Die Stromversorgung fiel täglich über Stunden aus

Auch die Zerschlagung von Gewerkschaften ist auf dem Vormarsch. Die Folge ist eine zunehmende Arbeitsmigration von Frauen, sowohl innerhalb des Landes als auch ins Ausland, um von dort aus ihre Familien zu unterstützen.

... und die Opposition formiert sich neu

► Angesichts des zunehmenden Drucks auf die Frauen und deren Ausgrenzung durch die tief verankerte Frauenfeindlichkeit sowie das Versagen der Politik, fordert das FCEJ eine sofortige Veränderung, denn »die Forderung nach Demokratie, wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Freiheit ist nie unmöglich, nie zu viel und kommt nie zum falschen Zeitpunkt«.

Die Demokratiebewegung scheint entschlossen zu sein, nach dem Regierungswechsel und der verschärften Repression den Kampf für gesellschaftliche und politische Veränderung fortzusetzen. Auch mit der jetzigen Regierung scheint eine demokratische transformatorische Politik nicht möglich zu sein. »Die Verfassung erlaubt uns zu protestieren. Wenn wir dieses Grundrecht aufgeben, werden wir es nie wieder zurückbekommen. Wir müssen uns für Transparenz, Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit einsetzen«, zeigt sich eine Teilnehmerin der Freiheitsproteste in Colombo, die trotz Schikanen und Einschüchterungen durch die Polizei weitergehen, kämpferisch.

Dabei hoffen einige auch auf externen Druck durch den IWF, indem er den sri-lankischen Staat zu strukturellen Reformen zwingt. Aber es wäre nicht das erste Mal, dass der IWF bei Übergriffen des Militärs ein Auge zu drückt und auf Sparprogramme drängt, die die Armen nur noch mehr verelenden lassen.

► **Jürgen Weber** ist freiberuflicher Publizist mit Schwerpunkt Südasien.